

INFORMATIONSDOSSIER
ZUM
UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK



„Freiheit für Abdullah Öcalan – einen Status für Kurdistan“

1. März 2012

Inhaltsverzeichnis:

- Einleitender Brief
- Erklärung der Hungerstreikenden in Strasbourg
- Abdullah Öcalan zwischen Isolation und Verhandlungen
- 400 politische Gefangene im unbefristeten Hungerstreik
- Brief von der hungerstreikenden BDP-Abgeordneten Selma Irmak
- Co-Vorsitzender Selahattin Demirtas über die KCK-Operationen in einem Brief an Hasan Cemal
- Das Massaker von Roboski, bei dem 34 Zivilisten durch türkische Luftangriffe getötet wurden

<http://kurdishfreedom.wordpress.com/>

<http://www.freedom-for-ocalan.com/>

<http://www.firatnews.eu>

Erstellt von KON-KURD in Zusammenarbeit mit YEK-KOM

KON-KURD Konföderation der kurdischen Vereine in Europa

Adress: 41 Rue Jean Stas 1060 Bruxelles/Belgium, Tel: +32 2 647 99 53, E-mail: info@kon-kurd.org, web: www.kon-kurd.org

YEK-KOM - Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.

Graf Adolf Str. 70a, 40210 Düsseldorf, [Tel:+49\(0\)2111711452](tel:+49(0)2111711452), Fax:+49(0)2111711453, E-mail:yekkom@gmx.net

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten Sie hiermit auf den von kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei begonnenen und sich ausweitenden Hungerstreik aufmerksam machen.

Ungefähr 8000 kurdische politische Gefangene haben seit dem 01. Dezember 2011 einen begrenzten Hungerstreik durchgeführt. Dieser wurde jetzt aufgrund der Ignoranz der türkischen Regierung gegenüber den Anliegen der Gefangenen zu einem unbefristeten Hungerstreik ausgeweitet.

Die ersten Gefangenen begannen diesen am 20. Januar 2012. Mittlerweile können wir von über 400 TeilnehmerInnen berichten, die sich zumeist ab dem 15.02.2012, in Zusammenhang mit dem 13. Jahrestag des "Internationalen Komplotts der Entführung Abdullah Öcalans" dieser Form des Hungerstreiks angeschlossen haben. Unter den AktivistInnen, die keine Nahrung aufnehmen und sich den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken aussetzen, befinden sich ebenfalls drei gewählte, in Haft befindliche, Abgeordnete der türkischen Nationalversammlung, von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP). Es handelt sich hierbei um die Abgeordneten von Sirnax (Sirnak) Selma Irmak und Faysal Saryıldız (seit dem 15. Februar im Hungerstreik) und den Abgeordneten von Urfa Ibrahim Ayhan (seit dem 28. Februar im Hungerstreik).

Wenn hunderte Menschen, darunter auch gewählte ParlamentarierInnen, bewusst hungern und dadurch ihre Gesundheit gefährden - sogar ihr Leben riskieren - um gegen Unrecht und Tyrannei zu protestieren, ist es notwendig die Zustände in dem Land, in dem ein solcher Hungerstreik stattfindet, genauer zu betrachten.

Die AKP Regierung reißt die Türkei zur Zeit, auf der Grundlage einer auf Eskalation der Gewalt, Vernichtung der politisch wirksamen Opposition sowie auf Krieg ausgerichteten Strategie, in eine unsichere und dunkle Zukunft - anstatt auf einen möglichen und seitens der kurdischen und weiten Teilen der türkischen Bevölkerung gewünschten Friedensdialog zu orientieren. Die Regierung versucht in diesem Rahmen sämtliche demokratischen, friedlichen und freiheitlichen AkteurInnen, die sich für die Menschenrechte und die Rechte der KurdInnen einsetzen zu kriminalisieren und letztendlich zu vernichten. Allein in den letzten Monaten haben die „verantwortlichen“ PolitikerInnen mehrere völkerrechtswidrige, grenzüberschreitende Militäroperationen angeordnet. Dabei wurden u. a. 41 ZivilistInnen getötet. Aufgrund der militärischen Eskalation des Konflikts sterben unzählige Menschen. Die Verluste auf Seiten des Militärs und der Guerilla haben erheblich zugenommen. Zudem setzte das türkische Militär wiederholt Giftgas gegen die kurdische Guerilla ein.

Unter dem Deckmantel der sogenannten Antiterrorgesetze hat die AKP Regierung seit 2009 insgesamt mehr als 6300 AktivistInnen (darunter Parlamentsabgeordnete, BürgermeisterInnen, Kreistagsabgeordnete, Gemeinderatsmitglieder, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen, GewerkschaftlerInnen, Frauenrechtlerinnen, StudentInnen und Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen und mehrere hundert Kinder) inhaftieren lassen. Auch die Zahl der Menschenrechtsverletzungen wie z.B. Folter und extralegalen Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Die Regierung hat die Gespräche mit Abdullah Öcalan, die seit 2006, zu Beginn indirekt und später direkt geführt wurden, ohne praktische Ergebnisse in einer Sackgasse, im Juli 2011 komplett abgebrochen. Seit 7 Monaten sind A. Öcalan und seine 5 Mitgefangenen, auf der Gefängnisinsel Imrali, einer vorher unbekannt Form der Isolationsfolter ausgesetzt. Wir sorgen uns ernsthaft um die Gesundheit und Sicherheit von Abdullah Öcalan. Herr Öcalan ist für die Lösung der kurdischen Frage ein zentraler Akteur. Die Regierung ignoriert jedoch die Tatsache, dass internationale Konflikte wie die kurdische Frage lediglich durch einen Dialog sämtlicher beteiligter AkteurInnen gelöst werden können und beharrt stattdessen auf einer Politik der Gewalt. Dadurch steigt von Tag zu Tag die Gefahr eines ausgeweiteten Bürgerkrieges.

In vielen Fällen unterstützen die Regierungen der westlichen Staaten politische Bewegungen im Mittleren Osten, um vorgeblicher Weise die Demokratie fördern. In vielen Fällen befürworten sie sogar, unter dem Vorwand die Menschenrechte zu verteidigen, militärische Interventionen. Sobald es jedoch um die kurdische Frage in der Türkei geht, werden die Verantwortlichen offenbar blind, taub und stumm.

Auch Institutionen der internationalen Gemeinschaft, wie das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT), scheinen die Geschehnisse zu ignorieren. Obwohl das CPT die einzige „Einrichtung“ ist, die auf die Gefängnisinsel Imrali reisen kann, hat es bis heute keine wesentlichen Schritte unternommen, um die Haftbedingungen Abdullah Öcalans entscheidend zu verbessern oder um den berechtigten Befürchtungen des kurdischen Volkes bezüglich der Gesundheit des Politikers entschieden nachzugehen.

Aufgrund der beschriebenen Situation versuchen die politischen Gefangenen und weitere gesellschaftliche AkteurInnen das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen, indem sie einen unbefristeten Hungerstreik durchführen und dadurch Gesundheit und Leben riskieren.

Die in Europa lebenden KurdInnen haben vom 01. bis 18. Februar 2012, bei minus 20°, einen Marsch unter dem Motto *“Ein Status für die Kurden - Freiheit für Abdullah Öcalan”* von Genf bis Strasbourg durchgeführt, um die Sensibilität der Öffentlichkeit und europäischen Institutionen bzgl. der beschriebenen Sachlage zu wecken. Im Anschluss an diesen Marsch fand in Strasbourg eine Kundgebung mit mehr als 60.000 TeilnehmerInnen statt. Wir sind jedoch der Ansicht, dass trotz all dieser Bemühungen die notwendige Sensibilisierung für das Geschehen in der Türkei noch nicht erreicht werden konnte. Da jedoch das Problem außer Kontrolle zu geraten droht und uns wenig Zeit zum Handeln bleibt, haben wir beschlossen ab dem 01. Mai 2012 in Strasbourg, an dem Ort wo sich der Sitz des CPT befindet, ebenfalls in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten.

Die europäische Öffentlichkeit und ihre Institutionen sollten und dürfen bezüglich der Eskalation der kurdischen Frage durch die türkische Regierung nicht tatenlos zuschauen und gleichgültig bleiben. Zudem sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass das große Leid der KurdInnen seit geraumer Zeit nicht ohne die Zustimmung einiger europäischer und westlicher Regierungen denkbar gewesen wäre. Die Europäische Union und ihre Regierungen machen sich aufgrund ihrer eigenen machtpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen zu Helfern eines kontinuierlichen menschenverachtenden Vorgehens gegen die KurdInnen sowie Verstößen gegen Völker- und Menschenrecht. Sie verschließen bewusst die Augen vor Unrecht und Tyrannei und erfüllen somit nicht ihre grundlegenden menschlichen Pflichten. Wir erwarten von der demokratischen, europäischen Öffentlichkeit, dass sie nicht länger Zuschauer dieser Zustände bleibt und sich für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage auf Grundlage der Menschenrechte, des Völkerrechts und rechtsstaatlicher Prinzipien einsetzt.

Die KurdInnen schreien auf: *Wir haben ein Anrecht auf Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit. Wir fordern Freiheit für Abdullah Öcalan und sämtliche politischen Gefangenen. Wir wollen auf friedlichem Wege eine demokratische Lösung für die kurdische Frage. Wir wollen wie jedes Volk in der eigenen Heimat frei leben können. Hört unseren Aufschrei und unsere Stimme.*

Hört den Aufschrei derjenigen, die ihren Körper für Frieden und die Lösung der kurdischen Frage einsetzen!

Mit freundlichen Grüßen

KON-KURD

Erklärung der Hungerstreikenden

An die Öffentlichkeit

Alle, die die Türkei besser kennen, betonen zu Recht, dass die kurdische Frage das zentrale Problem der Türkei darstellt. Wenn ein Problem nicht richtig definiert wird, bringen die vermeintlichen „Lösungen“ nichts als weiteren Schaden. Die kurdische Frage ist sicherlich kein „Terrorismusproblem“, auch wenn dies beharrlich vorgebracht wird.

Die Kurden leben seit nunmehr 40 Jahren im Kriegszustand. Die Kurden, eines der ältesten Völker der Geschichte, sind aufgeteilt zwischen der Türkei, dem Iran, und den arabischen Staaten Irak und Syrien, und müssen ein Leben ohne Freiheit leben. Selbst im heutigen angeblichen „Zeitalter der Demokratie und der Freiheit“ wird den Kurden das Recht verweigert, die eigene Sprache zu sprechen, ihre Tradition und ihre Kultur zu leben. In Syrien, dem Iran und der Türkei ist es weiterhin verboten, Kurdisch zu sprechen oder schreiben. Die Kurden verfügen als eigenständiges Volk in diesen drei Ländern über keinen politischen Status.

Innerhalb dieser drei Staaten ist es die Türkei, welche eine speziellere und systematischere Unterdrückungspolitik gegen die Kurden betreibt. Sie versucht starrköpfig, eine politische Frage, die annähernd 40 Mio. Kurden betrifft, als Terrorproblem darzustellen. Sie versucht, die Forderung nach Frieden, Demokratie und Freiheit mit aller Gewalt zu unterdrücken und die gesamte kurdische Gesellschaft als Terroristen zu diffamieren. Mit dem Ergebnis, dass heute die Türkei weltweit an erster Stelle steht, wenn es um die Zahl der Inhaftierungen wegen Terrorvorwürfen geht. Insbesondere infolge der verstärkten Festnahmewellen der letzten drei Jahre befinden sich aktuell sechs Abgeordnete, 31 gewählte BürgermeisterInnen, 96 JournalistInnen, 36 AnwältInnen, 183 ParteifunktionärInnen, unzählige GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen, Frauenaktivistinnen und SchülerInnen im Gefängnis. Die Gesamtzahl der inhaftierten kurdischen politischen AktivistInnen beläuft sich auf etwa 9000¹. Darunter befinden sich mehr als 2000 Kinder, die in der Presse als „Steine werfende Kinder“ bekannt wurden.

Neben den politischen Operationen wurden in den letzten Monaten die militärischen Operationen seitens des türkischen Staates wieder verstärkt. Jegliches internationale Recht missachtend wurden hierbei 41 Zivilisten ermordet, gegen die Guerillakräfte wurden chemische Waffen eingesetzt und auf beiden Seiten gab es Dutzende von Toten.

Mittäter bei diesem Staatsterror der Türkei gegen die Kurden sind auch die USA und die Europäische Union. Diese Mittäterschaft besteht nicht allein in der fehlenden Kontrolle und Zurechtweisung der Türkei. Die USA und die EU unterstützen den türkischen Staat auch aktiv in diesem Krieg: militärisch, politisch, ökonomisch sowie diplomatisch.

Die USA stellen dem türkischen Staat ihre Drohnen und ihr gesamtes geheimdienstliches Instrumentarium zur Verfügung. Die Europäischen Staaten hingegen, allen voran Deutschland und Frankreich, schweigen demonstrativ zu den Massakern des türkischen Staates und ermuntern so den türkischen Staat, mit seinem Terror fortzufahren. Gegenüber dem Massaker von Roboskî vom 28. Dezember 2011, bei dem durch den Angriff türkischer Kampfflugzeuge 34 kurdische Dorfbewohner ums Leben kamen, wurde in Europa keine einzige Stimme laut. In der Erklärung der USA hieß es lediglich: „Wir stehen hinter der Türkei“.

Mit den Angriffen der letzten fünf bis sechs Monate bezweckt der türkische Staat, den Freiheitskampf und den legitimen Widerstand des kurdischen Volkes zu ersticken. In diesem Kontext wurde zu allererst der Vorsitzende des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan einer verschärften Isolationshaft ausgesetzt. Öcalan wird von einem großen Teil des kurdischen Volkes als sein politischer Repräsentant angesehen. Zudem sehen die KurdInnen das Schicksal Öcalans in Verbindung mit ihrem eigenen Schicksal: seine Gefangenschaft wird als ihre Gefangenschaft und seine Freiheit als ihre Freiheit angesehen.

Der türkische Staat hält wegen der Unterstützung des Europarats und des Europäischen Parlaments an der Isolation Öcalans fest. Seit dem 27. Juli 2011 konnte Öcalan nicht mit seinen Anwälten sprechen.

¹ Im Rahmen der seit April 2009 begonnen KCK-Operationen wurden mehr als 9000 Menschen festgenommen. Laut einer Aussage des BDP Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş sind 6300 von ihnen Mitglieder der BDP.

36 Anwälte wurden alleine wegen des Vorwurfs, Öcalans Anwälte zu sein, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. In dieser Zeit wurde auch der Kontakt Öcalans zu seinen Angehörigen unterbunden.

Noch vor einem Jahr befand sich der türkische Staat im Dialog mit Öcalan und führte mit ihm Verhandlungen. Damit hatte ein Prozess begonnen, der jedoch durch die Weigerung des Staates, die notwendigen nächsten Schritte zu gehen, abgebrochen wurde. An die Stelle des Dialogs trat die Politik des Krieges und der Gewalt. Man kann Abdullah Öcalan nicht als gewöhnlichen Gefangenen betrachten. Sowohl bei seiner illegalen Entführung aus Kenia am 15. Februar 1999 als auch bei der Frage seiner Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali spielten und spielen die USA und Europa eine bestimmende Rolle. Es ist bekannt, dass Imrali unter der Aufsicht des Europarats steht.

Der Europarat und seine Organe sind Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte des kurdischen Volkes wegen des Staatsterrors in Kurdistan und der siebenmonatigen Isolationshaft Öcalans sind. Dass sie jedoch ihrer Verantwortung nicht einmal in minimaler Weise gerecht werden, zeigt, dass sie sich in diesen Fällen parteiisch verhalten.

Trotz dieser ungerechten Behandlung beharren die Kurden weiterhin auf einem freien, gerechten und gleichberechtigten Status. Hierfür ist die wichtigste Voraussetzung, dass die unrechtmäßige und willkürliche Isolation von Abdullah Öcalan, der als Schlüsselfigur für die Lösung der kurdischen Frage Verhandlungen mit dem türkischen Staat geführt hat, umgehend beendet wird. Das kurdische Volk macht sich ernsthafte Sorgen um die Gesundheit und das Leben Öcalans. Deswegen haben in den Gefängnissen der Türkei 400 Menschen mit einem unbefristeten Hungerstreik begonnen. Außerhalb der Gefängnisse werden sie von zehntausenden Kurden unterstützt.

Als eine Gruppe von Kurden, die ihre Seele der Demokratie und der Freiheit gewidmet hat, werden wir am Donnerstag, dem 1. März 2012 ab 12 Uhr für ein Ende des politischen und militärischen Genozids an den Kurden mit der Forderung „Freiheit für Abdullah Öcalan – einen Status für Kurdistan“ in einen UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK treten.

Unsere Forderungen lauten:

1. Das Problem der bedrohten Gesundheit und Sicherheit Öcalans muss umgehend auf die Tagesordnung des Europarats und seiner Institutionen gesetzt werden, um die bestehenden Befürchtungen auszuräumen.
2. Die verschärfte Isolation Öcalans, die das kurdische Volk nicht nur massiv beunruhigt, sondern auch Ursache für einen großen Krieg mit vielen Toten werden könnte, muss unverzüglich aufgehoben werden. Die Möglichkeit der Konsultation mit seinen Anwälten muss geschaffen werden.
3. Die internationalen Institutionen, allen voran der Europarat, müssen Initiativen zur Freilassung Öcalans und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ergreifen.
4. Der Europarat muss wegen der Unterdrückungs- und Gewaltpolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden den „Monitoring“-Prozess wieder aufnehmen. Bei Beharren der Türkei auf ihrem bisherigen Kurs muss ihre Mitgliedschaft suspendiert werden.
5. Die EU und die Staaten Europas sollten von ihrer Unterstützung der türkischen Gewalt- und Verleugnungspolitik ablassen und ihre Einflussnahme allein auf die gerechte und friedliche Lösung der kurdischen Frage konzentrieren. Erster Schritt hierfür ist, dass die kurdische Freiheitsbewegung von der Terrorliste gestrichen wird, auf die sie zu Unrecht gesetzt wurde.
6. Damit die kurdische Frage in demokratische und politische Kanäle gelenkt werden kann, muss unverzüglich dafür gesorgt werden, dass für Abdullah Öcalan Bedingungen geschaffen werden, in denen er politisch agieren kann. Hierfür müssen internationale Organisationen und Institutionen umgehend die Initiative ergreifen.
7. Zuletzt fordern wir die internationale demokratische Öffentlichkeit und ihre Organisationen dazu auf, aktiv den Kampf des kurdischen Volkes für Demokratie, Freiheit und Frieden zu unterstützen und sich zu solidarisieren.

Abdullah Öcalan zwischen Isolation und Verhandlungen

Das Willkürregime auf Imralı, dem europäischen Guantanamo

1999 wurde Abdullah Öcalan aus Kenia entführt und in die Türkei verschleppt. Seither wird er in einem Isolationsgefängnis auf der Insel Imralı gefangen gehalten. Fast elf Jahre lang war er der einzige Gefangene dort, bewacht von mehr als 1000 Soldaten. Er wurde in einem Verfahren, das der Europäische Gerichtshof als „unfair“ verurteilte, zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in „verschärftes lebenslänglich“ ohne Möglichkeit zur Bewährung umgewandelt.

Die inhumanen Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı werden von internationalen Menschenrechtsinstitutionen durchgängig kritisiert. Das Antifolterkomitee des Europarats, CPT, hat eine einzigartige Vielzahl von Berichten über die Gefängnisinsel Imralı veröffentlicht, mehr als über jede andere Haftanstalt. Das CPT kritisierte heftig die Isolationsbedingungen, denen Abdullah Öcalan und die anderen fünf Gefangenen unterworfen sind.

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen zwischen Öcalan und der türkischen Regierung über eine politische Lösung der kurdischen Frage wurde die Totalisolation erneuert. Seit Juli 2011 gibt es keine Kontakt mit den Gefangenen auf Imralı.

Haftbedingungen

Die Insel

Imralı befindet sich im Marmarameer zwischen Bosphorus und Dardanellen, auf der Grenze zwischen Europa und Asien. Seit langem wird Imralı als Gefängnisinsel benutzt. 1961 wurde hier der erste frei gewählte Premierminister der Türkei, Adnan Menderes, nach einem Militärputsch hingerichtet. Der berühmte Regisseur Yılmaz Güney war ebenfalls einmal hier inhaftiert. Die gesamte Insel wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Die Überfahrt für Besucher mit dem Boot ist lang und beschwerlich.

Das Gefängnis

Das Gefängnis, in dem Abdullah Öcalan und die fünf anderen Gefangenen sich momentan befinden, wurde 2009 erbaut. Alle Zellen sind Isolationszellen. Jeder Gefangene hat einen separaten Hof für den Hofgang. Die Mauern um diese kleinen Höfe sind extrem hoch, so dass die Gefangenen den Eindruck haben, sich in einem Brunnen zu befinden.

Isolation und Willkür

Lang andauernde Isolation bezweckt, Gefangene psychologisch und physisch zu brechen. Daher wird sie als „weiße Folter“ betrachtet.

Während seiner elf Jahre als einziger Gefangener auf Imralı war es Öcalan nicht erlaubt, irgend jemanden zu berühren. Selbst Händeschütteln war verboten. Noch immer kann er keine Briefe aus der Außenwelt empfangen. Er ist der einzige Gefangene in der Türkei ohne Zugang zu Fernsehen und Telefon.

Öcalan kann nur von seinen Geschwistern für monatlich 30 Minuten x besucht werden und seine Anwälte höchstens eine Stunde pro Woche konsultieren. Diese Konsultationen werden häufig durch den Staat unterbunden und finden manchmal monatelang nicht statt, was zu einer totalen Isolation der Gefängnisinsel Imralı führt. Besonders diese Tatsache wurde durch das CPT heftig kritisiert.

Das Gefängnisregime auf Imralı wird auf verschiedene Weise von Willkür geprägt. Beispielsweise finden die Konsultationen zwischen Anwälten und Mandanten im Beisein eines Beamten statt und werden regelmäßig ohne Rechtsgrundlage aufgezeichnet.

Praktiken wie diese haben der Gefängnisinsel Imralı den Beinamen „europäisches Guantanamo“ eingebracht.

Aktuelle Situation

Isolation – eine fortgesetzte Menschenrechtsverletzung

Seit Ende Juli 2011, also mehr als sieben Monaten, sind die Gefangenen auf Imrali vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Mehr als sieben Monaten ohne Besuch, ohne Briefe, ohne einen Telefonanruf. Dies ist der längste Zeitraum vollständiger Isolation während der 13 Jahre, in denen Imrali als »Höchstsicherheitsgefängnis« dient.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass es in den letzten fünf Jahren intensive Kontakte zwischen der türkischen Regierung und Öcalan gab und eine Reihe von Gesprächen geführt wurde. Diese Verhandlungen hatten sogar zu einer schriftlichen Vereinbarung geführt, welche die Regierung sich dann umzusetzen weigerte. Stattdessen änderte die Erdoğan-Regierung ihre Strategie und begann einen Totalangriff auf die kurdische Opposition.

Vorenthaltung des Rechts auf Verteidigung

Öcalan zu verteidigen war stets ein schwieriges Mandat. Lange Zeit wurden seine Anwältinnen und Anwälte bedroht und angegriffen. Sie wurden mit zahlreichen Klagen überzogen und durch ein neues Gesetz vom Mandat ausgeschlossen. Unter anderem wegen der Haftbedingungen sind zahlreiche Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig.

Im November 2011 wurden mehrere Kanzleien von der Polizei überfallen. Die Akten der laufenden EGMR-Verfahren wurden beschlagnahmt. 36 Anwälte, die Öcalan vertreten, wurden verhaftet, womit ihm das in einem Rechtsstaat grundlegende Recht auf Verteidigung genommen werden soll. Die Anwälte befinden sich noch immer im Gefängnis und warten auf ihren Prozess.

Die politische Dimension

Die fortgesetzte Isolation Abdullah Öcalans ist eine ernsthafte Menschenrechtsverletzung. Doch es handelt sich nicht allein um eine menschenrechtlichen Angelegenheit, sondern besitzt ernsthafte politische Implikationen.

Öcalan ist der profilierteste kurdische Politiker in der Türkei. Mehr als 3,5 Millionen Kurden haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie ihn als politischen Repräsentanten anerkennen. Alle in Kurdistan und der Türkei wissen, dass eine politische Lösung der kurdischen Fragen nur durch Verhandlungen mit ihm gewährleistet werden kann. Jede Regierung der Türkei seit 1999 hat diese Tatsache erkannt und mit Abdullah Öcalan auf Imrali Gespräche geführt – auch wenn keine Regierung dies bis 2010 zugab. Die jüngsten Gespräche zwischen der Erdoğan-Regierung und Öcalan begannen 2009 und dauerten 2,5 Jahre an.

Die Türen des Dialogs zu schließen bedeutet, die Tore der Gewalt aufzustoßen. Als die Regierung Mitte 2011 die Gespräche abbrach, hoffte Ministerpräsident Erdoğan, die kurdische Opposition mit erneuten Massenverhaftungen und Militäroperationen in die Knie zwingen zu können. Dies hat bereits zu Massakern wie der Tötung von 35 Zivilisten in Roboskî/Sırnak durch einen Bombenangriff der türkischen Luftwaffe geführt. Eine neue Spirale der Gewalt und Gegengewalt droht unmittelbar.

Die Regierungsstrategie von Gewalt und Spannungen führt nirgendwohin. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird sie zu mehr Gefechten und Blutvergießen führen. Die einzige Alternative ist der Dialog. Öcalan hat bewiesen, dass er willens und in der Lage ist, diesen Dialog zu führen.



**Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan**

Postfach 100511, 50445 Köln
info@freedom-for-ocalan.com
www.freedom-for-ocalan.com

400 politische Gefangene in der Türkei und Kurdistan im unbefristeten Hungerstreik

Am 15. Februar 2012 begannen politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei und Nord-Kurdistan mit einem unbefristeten Hungerstreik. Unter den 169 Gefangenen, die in den D und E-Typ- Gefängnissen von Diyarbakir, im Mardin E-Typ-Gefängnis, im Elbistan E-Typ-Gefängnis und im Bitlis E-Typ-Gefängnis in den Hungerstreik traten, befinden sich auch die Parlamentsabgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Selma Irmak und Faysal Sariyıldız. Die Forderungen der Hungerstreikenden lauten: Die



Freilassung von Abdullah Öcalan und die Fortsetzung des Dialogs für eine politische Lösung der kurdischen Frage, die Einstellung der politischen Repression, der Massenverhaftungen und Militäroperationen gegen die kurdische Bevölkerung sowie das Recht auf Bildung in der kurdischen Muttersprache.

Die Abgeordnete Selma Irmak teilte in einem Brief an den Vorstand und die Mitglieder der BDP vom 15. Februar 2012 die Gründe für ihren Hungerstreik mit:

Die kurdische Frage hat einen Punkt erreicht, an dem nur ein demokratischer Prozess, der auf Dialog und Verhandlungen basiert, Frieden und eine Lösung bringen kann. Wir sind bewusst, dass dies ein langer und schwieriger Prozess sein wird. Seit nunmehr dreißig Jahren fordert unser Volk eine demokratische Lösung. Diese Forderung zu erfüllen, ist sowohl leicht als auch schwierig. Eine demokratische Lösung kann nur durch einen Dialog mit dem Repräsentanten Herrn Öcalan erreicht werden. Jeder Friedensprozess braucht seine Akteure. Die Person, die unser Volk vertritt, ist Herr Öcalan; deshalb ist er die einzige Person, die im Namen unseres Volkes sprechen kann und der der Hauptakteur sein muss. Als gewählte VertreterInnen und PolitikerInnen unseres Volkes sind wir bereit, unsere Rolle in diesem Prozess zu einzunehmen. Wir sind dafür bereit, jegliches Risiko einzugehen und auch unser Leben dafür in die Waagschale zu werfen. Aufgrund der Unterbrechung des Friedensprozesses und der Verhandlungen mit Herrn Öcalan bin ich genauso ernsthaft besorgt wie Ihr. Die hiermit einhergehende, aufgezwungene Totalisolation von Herrn Öcalan soll ihn aus den politischen Prozessen ausschließen. Ich bin tief beunruhigt, über das, was wir 'das Konzept des politischen Genozids gegen KurdInnen' nennen. Seine Umsetzung durch Massenverhaftungen, Morde, Massaker, verbale und körperliche Gewalt wird zu noch mehr Feindschaft gegen sie führen und wird unsere beiden Völker dazu bringen, gegeneinander zu kämpfen. (...)."

Zübeyde Teker, die Präsidentin der Unterstützungsorganisation für Angehörige von Gefangenen TUHAD-FED, gab am 22. Februar 2012 in einer Presseerklärung bekannt, dass die Zahl der hungerstreikenden Gefangenen bereits 400 gereicht habe. Sie erwähnte, dass es insgesamt 8.000 politische Gefangene aus der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Frauenfreiheitspartei Kurdistan PAJK in türkischen Gefängnissen gibt. Diese beantragten in einem Schreiben an die Vereinten Nationen vom 13. Februar 2012, die offizielle Anerkennung als Kriegsgefangene. Die Gefangenen erklärten, dass sie ihren bis zur Erfüllung ihre Forderungen den Hungerstreik fortsetzen werden. Einige der Gefangenen befinden sich bereits seit dem 20. Januar 2012 im Hungerstreik.



BDP-Abgeordnete Faysal Sariyıldız

Uns bekannte Namen von politischen Gefangenen im Hungerstreik sind:

Diyarbakır-D-Typ-Gefängnis (62 Gefangene im Hungerstreik): Lütfi Dağ, Özgür Yıldırım, Sinan Kaplan, Nadir Yıldırım, Nihat Varlı, Mirhan Gökteş, Mahsum Akbaş, Murat Yildeniz, Müstafa Türkan, Umut Özer, Sıddık Çete, Serdar Ziriğ, Ahmet Çelen, Ali Ekinci, Aykut Eroğlu, Recep Güler, Ercan Sezgin, Tuncay Ok, Enver Özkartal, Mehmet Ermiş, Mahir Birgül, İlyas Efe, Yücel Çelik, Ramazan Malçok, Saffet Durmaz, Serhat Keskin, Necmetin Kaçar, A. Kemal Türk, Mikail Çağrıçı, Savaş Aslan, Hekim Denli, Talat Uçar, İsmail Öndeş, Erdal Işık, Ömer Atlı, Mustafa Kaplan, Diyar Kaydu, Emrah Ubiç, Ulaş Telsaç, Murat Kozat, Ali Kurt, Ömer Sipek, Mehmet Aksu, Maşallah Özmen, Şafi Kayhan, Aslan Demir, Çetin Atlan,

Mazlum Timuçin, Ufuk Fidan, Mehmet Taş, Bülent Buluç, Müslüm Tıkız, İrfan Bozencir, Osman Kılıç, Ozan Alpkaya, Selami Kızıl, Hüseyin Barsak, Cengiz Ünal, Murat Canşat, Salih İlem, Şerif Aslan, Yakup Borukanlı

Diyarbakır-E-Typ-Gefängnis (9): BDP Şırnak MP Selma Irmak, Fadile Bayram, Hacire Özdemir, Leyla Deniz, Ayşe Irmak, Pınar Işık, Dirayet Taşdemir, Hanım Çeşme und Emine Yılmaz.

Mardin-E-Typ-Gefängnis (22): BDP Şırnak MP Faysal Sarıyıldız, Ramazan Aktaş, Musa Aslan, Gürhan Koyuncu, Mahmut Balkaş, Toncay Gündoğan, Mesut Gökhan, Behruz Akgül, Bekir Kılıçaslan, Aziz Bulut, Mesut Kar, Ömer Kabul, Hayretin Alkan, Cahit Sevim, Zerdeşt Oduncu, Burhan Gök, Mehmet Ali Güray, Ruşen Erdem, Bahar Cirasun, Asiye Atılgan, Fatma Uyar, Cemile Duman.



BDP-Abgeordneter Ibrahim Ayhan

Batman-M-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (15): nur die Namen von Mahsum Bilen, Şehmus Bülbül, İlhan Rengin, Resul Saçaklıdır und Ahmet Çelik sind bekannt. Seit dem 25 Januar 2012 befinden sie sich im

unbefristeten Hungerstreik.

Siirt-E-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (15): 10 männliche und 5 weibliche Gefangene von PKK und PAJK befinden sich im Hungerstreik. Die Namen der gefangenen Frauen sind nicht bekannt; die Namen der hungerstreikenden Männer sind İbrahim Akın, Ali Temelkuran, Nusret Yıldırım, Mehmet Şakar, İskan Yiğit, Muhammed Demir, Uğur Eren, Şefik Uçkan, Kasım Çelik und Abdurrahman Demir.

Bingöl-M-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (14): Bülent Buluç, Müslüm Tıkız, İrfan Bazencir, Osman Kılıç, Ozan Alpkaya, Selami Kızıl, Hüseyin Barsak, Cengiz Ünal, Murat Cansal, Salih İlem, Mehmet Şerif Aslan, Yakup Borukanlı, Hanım Çeşme, Emin Yılmaz.

Malatya-Gefängnis (8): nur 4 Namen von hungerstreikenden Gefangenen sind bekannt: Nevzat İçen, Suat Daştan, Ramazan Demir und Çetin İnsel.

Muş: 8 Gefangene befinden sich im Hungerstreik, ihre Namen sind nicht bekannt.

Tokat-F-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (6): In einem Brief aus dem Gefängnis von Tokat teilten Süleyman Yıldırım, Hüseyin Misto, Erdal Daş, Abdullah Cin, Hafzullah Kaçmaz und Havil Acar mit, dass sie in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind.

Elbistan-E-Typ-Gefängnis (5): Bedrettin Uzunboy, Salih Şimşek, Hüseyin Çığ, Emin Mutlu und Hüseyin Torunoğlu.

Bitlis-E-Typ-Gefängnis (5): Pelin Yılmaz, Ediba Ekmen, Ruken Çelik, Ülkem Özkan und Şeyman Kantarcı.

Osmaniye-F-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (5): Emrah Özdemir, Mehmet Akar, Mazlum Kapan, Ekrem Coşkun, Feridun Kayacan.

Rize-Kalkandere-L-Typ-Gefängnis (5): Ramazan Özelçi, Haşim İzol, Mahsun Karaman, Abdulmenaf Aslan and Kamuran Aytaç.

Kandıra- 2-Nolu-F-Typ-Gefängnis (5): Yakup Taş, Hakan Yalçınkaya, Maşallah Yağan, Necat Saçı and Alattin Semir Zuğurlu.

Erzurum-Oltu-Gefängnis (4): Mesut Yabalak, İzet Eren, Kaçak Demirci and Metin Serhat traten am 20. Januar 2012 in den unbefristeten Hungerstreik. Ihre Gesundheitssituation verschlechtert sich zunehmend.

Antalya-L-Typ-Geschlossenes-Gefängnis (2): Halit İnan und Mehmet Aslan

Tekirdağ-Gefängnis (1): Adnan Titiz

Weitere politische Gefangene in den Gefängnissen von Gebze, Urfa, Adıyaman und Midyat erklärten gegenüber ihren Angehörigen, dass sie sich im unbefristeten Hungerstreik befinden. Genaue Zahlenangaben liegen nicht vor, jedoch wird die Zahl bislang auf 400 geschätzt.

Brief von Selma Irmak an die BDP

Es ist die deutsche Übersetzung des Briefes von Selma Irmak, in dem sie der BDP und ihren FreundInnen ihre Entscheidung mitteilt, am 15. Februar in den Hungerstreik zu treten.

**Meine werten Co-Vorsitzenden,
Meine lieben FreundInnen,**

Ich grüße Euch mit Liebe und Sehnsucht. Ich umarme Euch in Hoffnung.

Bald dauert unsere Trennung seit drei Jahren an. Wir haben diese atemberaubenden Entwicklungen vom Gefängnis aus miterlebt und beobachtet; unsere Herzen pochten gegen die Eisengitter. Wir haben Vieles erlebt. Die Geschichte wird Zeuge unserer Erfahrungen sein. Genauso wie Ihr kämpfen wir dafür, diese Prüfung, mit der uns die historischen Bedingungen konfrontieren, zum Wohle unseres Volkes zu bestehen. Wir schätzen und unterstützen Eure ernsthafte und eifrige Arbeit. Wir leiten unsere Kraft davon ab, Euch zu beobachten; manchmal mit einem Lächeln im Gesicht und manchmal mit einem Stechen im Herzen. Dies sind zweifellos schwierige Zeiten. Wir alle sind verpflichtet, hart zu arbeiten und unser Bestes zu tun. Bestimmte Momente in der Geschichte machen schnelle Handlungen nötig. Ansonsten verpassen wir die Gelegenheiten, Niederlagen in einen Sieg und Verluste in einen Gewinn zu verwandeln. Wir befinden uns genau in solch einem Moment, in dem jedes Ereignis und jede Entwicklung sorgfältig abgewogen und mit großer Sensibilität bewertet werden müssen, damit die folgenden Schritte richtig geplant und erfolgreich durchgeführt werden können.



In unserer jetzigen Phase ist der Abstand zum Erreichen unseres Ziels von Demokratie und Frieden am geringsten geworden und deshalb kann jede Abweichung vom richtigen Pfad die größten Auswirkungen mit sich bringen. Wir müssen alles mit künstlerischer Vorsicht behandeln. Leider jedoch handeln die Regierung und der Staat – wobei sich beide in ihrer Bedeutung und Absicht nicht mehr voneinander unterscheiden – ebenso unverantwortlich und zerstörend wie ein Elefant im Porzellanladen. Die Vorgehensweise der Regierung zeugt von der Art und Weise derjenigen, die zwar an der Macht sind, jedoch keine Souveränität besitzen. Folglich gibt es kaum Zweifel, dass die gegenwärtige Rücksichtslosigkeit der Regierung durch Mächte verursacht wird, auf die sie sich verlässt und die ihr den Rücken streicheln, während sie sie dabei an den Abgrund des Todes führen.

Als diejenigen, die wir die Last der Geschichte auf unseren Schultern fühlen, müssen wir dieser Einstellung ein Ende setzen. Eine positivistische Perspektive, die sich aus stereotypischen Urteilen ernährt und die stereotypische Lösungen anbietet, wird nichts nutzen. Diejenigen, die denken, dass ein kleiner Fisch vom großen Fisch gefressen wird, sind diejenigen, die die Stärke des Widerstands nicht anerkennen. Wie Ihr es bereits ausgedrückt habt, wenn wir uns dem Vorgehen der Mächtigen ausliefern, dann werden wir verlieren.

Leider sind wir lange von den Machthabern hingehalten worden. Wir haben keine mehr Zeit zu verlieren. Ohne Widerspruch zwischen unseren Worten und Taten müssen wir langsam, systematisch und bescheiden unsere demokratische Autonomie aufbauen.

Meine lieben FreundInnen,

Ich wünschte mir sehr, dass ich in diesen Zeiten bei Euch sein könnte. Alle Geschehnisse mit gebundenen Händen oder eher mit angelegten Handschellen zu beobachten, ist das Schlimmste, was einem Menschen in diesen Zeiten angetan werden kann. Das ist es, was die Gefangenschaft bedeutet. Ansonsten haben die Gefängnismauern oder die räumlichen Beschränkungen für diejenigen, die eine freie Meinungen und freie Herzen haben, keine Bedeutung. Andererseits landen diejenigen, die sich mit ihrem Leben und ihren Ideen in den Dienst der Freiheit und Demokratie gestellt haben, zu der einen oder anderen Zeit immer wieder im Gefängnis. Mit anderen Worten, die Demokratie wird auf dem Weg durch das Gefängnis erreicht.

Die kurdische Frage hat einen Punkt erreicht, an dem nur ein demokratischer Prozess, der auf Dialog und Verhandlungen basiert, Frieden und eine Lösung bringen kann. Wir sind bewusst, dass dies ein langer und schwieriger Prozess sein wird. Seit nunmehr dreißig Jahren fordert unser Volk eine demokratische Lösung.

Diese Forderung zu erfüllen, ist sowohl leicht als auch schwierig. Eine demokratische Lösung kann nur durch einen Dialog mit dem Repräsentanten Herrn Öcalan erreicht werden. Jeder Friedensprozess braucht seine Akteure. Die Person, die unser Volk vertritt, ist Herr Öcalan; deshalb ist er die einzige Person, die im Namen unseres Volkes sprechen kann und der der Hauptakteur sein muss. Als gewählte VertreterInnen und PolitikerInnen unseres Volkes sind wir bereit, unsere Rolle in diesem Prozess zu einzunehmen. Wir sind dafür bereit, jegliches Risiko einzugehen und auch unser Leben dafür in die Waagschale zu werfen. Aufgrund der Unterbrechung des Friedensprozesses und der Verhandlungen mit Herrn Öcalan bin ich genauso ernsthaft besorgt wie Ihr. Die hiermit einhergehende, aufgezwungene Totalisolation von Herrn Öcalan soll ihn aus den politischen Prozessen ausschließen. Ich bin tief beunruhigt, über das, was wir 'das Konzept des politischen Genozids gegen KurdInnen' nennen. Seine Umsetzung durch Massenverhaftungen, Morde, Massaker, verbale und körperliche Gewalt wird zu noch mehr Feindschaft gegen sie führen und wird unsere beiden Völker dazu bringen, gegeneinander zu kämpfen.

Repressionen, Angst, Rechtsverletzungen und die Verhinderung der Meinungsfreiheit, rücksichtslose Beleidigungen und unverantwortliche Reden seitens der Regierung und des Staates säen zugleich die Samen der Wut bei den kurdischen Jugendlichen. Es gibt so viele Beispiele für solche unakzeptablen Verhaltensweisen wie die Glückwünschrede des Premierministers im Anschluss an das Massaker von Roboski oder die Rede des Innenministers, in der er erklärte, dass er keine kurdische Frage finden könne oder die Rede Stabschefs, in der er sich zur kurdischen Muttersprache äußerte. Alle unsere Stadtverwaltungen werden angegriffen; die MitarbeiterInnen unserer NGOs, PolitikerInnen, MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, BürgermeisterInnen, StudentInnen und Kinder werden verhaftet. Kein Mensch kann unter solchen Bedingungen ruhig schlafen.

Meine werten Co-Vorsitzenden,

Als eine Person, die von der ehrenhaften und willensstarken Bevölkerung von Şırnak gewählt wurde und als eine Frau, die durch die Ereignisse tief bewegt ist, kann ich demgegenüber keine passive Zuschauerin mehr bleiben. Da ich aller Ausdrucksmittel und -möglichkeiten beraubt wurde, bin ich verpflichtet, meinen Körper als ein Kommunikationsmittel einzusetzen.

Ich bedauere es, dass ich nicht die Möglichkeit hatte, Euch alle mit einzubeziehen und meine Entscheidung vorher mit Euch zu besprechen. Jedoch erlauben die Umstände das nicht. Ich will, dass Ihr wisst, dass ich in meinem Herzen immer bei Euch bin. Die Geschichte dieses Gefängnisses von Diyarbakır verpflichtet uns dazu, eine Führungsrolle im Widerstand zu spielen. Ich muss bekennen, dass ich in diesem Moment sehr aufgeregt und glücklich bin zu wissen, dass ich zumindest einigermaßen meine Verantwortung gegenüber meinem Volk erfüllen kann.

Ich ergreife diese Gelegenheit zu erklären, dass wir am 15. Februar gemeinsam mit Hacire Özdemir, Fadik Bayram, Ayşe Irmak, Leyla Deniz, Pınar Işık und Dirayet Taşdemir einen unbefristeten, rotationslosen Hungerstreik beginnen werden. Uns inspiriert das Wissen darüber, dass es die Gefangenen dieses Gefängnisses vor uns schafften, gegen die Finsternis der Militärjunta von 1980 Widerstand zu leisten und sie zu überwinden.

Wir – als Frauen des Kerkers von Diyarbakır – möchten die Finsternis des 15. Februars durchbrechen, die die erzwungene Isolation des verehrten Herrn Öcalans und seinen Ausschluss vom politischen Leben symbolisiert.

Wir wollen mit unserer Stimme in die Stimme unseres Volkes einstimmen. Wir wollen auf Eurem Weg des demokratischen Widerstands zu Euch stoßen.

Wir hoffen, dass wir erfolgreich sein werden.

Wir alle senden Euch von Herzen unsere Liebe und viele Grüße

In der Hoffnung darauf, dass wir uns in Tagen voller Frieden und Freiheit wiedersehen.

15. Februar 2012

Selma Irmak

Gefängnis von Amed

Die Regierung weiß genau, was und wer die KCKler sind

Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der BDP, in einem Brief an Hasan Cemal, Journalist und Kolumnist der Zeitung Milliyet

Sehr geehrter Hasan Cemal,

zunächst möchte ich darstellen, dass die seit dem 14. April 2009 andauernden KCK-Operationen schwer zu verstehen sind, wenn nicht die politische Entwicklung in dieser Phase verstanden wird. Aufgrund dessen möchte ich zusammenfassend an die wichtigsten politischen Entwicklungen der letzten Jahre erinnern:

Öcalan hatte, bevor er verhaftet wurde, eine Lösung jenseits des „kurdischen Nationalstaats“ gesucht. Erst in der Zeit nach seiner Inhaftierung im Gefängnis von İmralı hat er sich in seiner Auseinandersetzung um die Organisierung einer demokratischen Gesellschaft auf konföderale und autonome Gesellschafts- und Staatsmodelle konzentriert.

Zwischen 1999 und 2004 hielt die PKK einen unbefristeten Waffenstillstand ein und zog ihre bewaffneten Kräfte hinter die türkischen Grenzen zurück. (Die PKK löste sich sogar selbst auf und gab öffentlich die Beendigung ihres bewaffneten Widerstands bekannt. In dieser Phase wurde anstelle der PKK der KADEK [*Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans*] und anschließend der KONGRA-GEL [*Volkskongress Kurdistan*] als neue, unbewaffnete Organisation gegründet.) Während dieser Zeit wurden auf İmralı und in Kandil im Namen des Staates Verhandlungen geführt. Da aber die AKP zu der Zeit noch nicht die gesamte Regierung dominierte, hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass die Verhandlungen nicht unter ihrer eigenen Kontrolle standen. Sie führten zu keinen Ergebnissen und die PKK verkündete mit der Perspektive einer „erneuerten“ PKK ihre Neugründung.



Im Februar 2005 informierte die PKK darüber, dass der Staat mit den Verhandlungen lediglich ihre Ablenkung und Vernichtung verfolgt habe, und nahm den bewaffneten Widerstand wieder auf. In ihren strategischen Zielen hatte es keine Änderungen gegeben. Unter Beibehaltung ihrer vorherigen Entscheidung strebte sie statt eines Nationalstaats eine „organisierte konföderale Gesellschaft und Autonomie“ an. Genau an diesem Punkt, also in den Jahren 2005 bis 2006, wurde auf Empfehlung Öcalans unter großen Anstrengungen unter den KurdInnen mit der Umsetzung des organisierten Gesellschaftsmodells sowie der Organisierung

auf ziviler Ebene begonnen. Überall, wo die Basis stark genug war, wurden im Namen des freien Bürgers und der freien Bürgerin Stadtteil-, Bezirks- und Stadträte gegründet. Hauptziel dieser Art von Organisierung war es, gegen die Übermacht des Staates (von der Stadtverwaltung bis zur gesamten Verwaltungsmacht) eine selbstbewusste, organisierte Gesellschaft entstehen zu lassen. Nach Öcalan stellt dies nach dem Ende des bewaffneten Kampfes die beste Garantie dar, um sich in Notwehr verteidigen und gegen jede Form von Angriff wehren zu können. In diesen Jahren löste sich die DEHAP [*Demokratische Volkspartei*] auf und die DTP [*Partei der Demokratischen Gesellschaft*] wurde gegründet. Die Freien Bürgerräte hatten an vielen Orten einen legalen Vereinsstatus bekommen und setzten ihre Aktivitäten im Rahmen der Gesetze fort. Anders als bei der DEHAP enthielt die Satzung der DTP keine Organisationsmechanismen wie die Stadtteilkommissionen. Die Bevölkerung hatte sich bereits in Form der Freien Bürgerräte von Stadtteil zu Stadtteil organisiert. Das Ziel der DTP bestand nicht darin, die Bevölkerung unter einem Dach zu organisieren, sondern dafür zu sorgen, dass sie sich überhaupt in irgendeiner Form organisiert. Aufgrund dessen organisierte die DTP nicht in Form von Stadtteilkommissionen. (Die mit den Freien Bürgerräten beginnende Organisierung der Bevölkerung bildet die erste Stufe der Struktur, die heute vom Staat als KCK [*Koma Civakên Kurdistan, Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*] bezeichnet wird.) Der Idee der PKK entsprechend wird eine Koordination, eine Dachorganisation, aufgebaut, in der alle kurdischen Organisationen (sowohl die in den vier Teilen Kurdistans als auch die in Europa) vertreten sein sollen, allerdings sollen alle Organisationen ihre Autono-

mie behalten. Die KCK ist als ein System gegründet worden, in dem zwar Organisationen vertreten sind, aber unorganisierte Gruppen und Individuen ebenso teilnehmen sollen. Allerdings ist das System noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Derzeit funktioniert es lediglich als eine obere Koordination für die Organisationen der PKK. Soweit ich es einschätzen kann, sind innerhalb der KCK die PKK, HPG, YJA-STAR und ähnliche Organisationen vertreten. Öcalan erwähnt in manchen seiner AnwaltInnenengespräche, dass die KCK ein System sei, das auf alle Bereiche (zivil, politisch, kulturell, wirtschaftlich usw.) Anwendung finden könne. Was damit ausgedrückt werden soll, ist die Organisation der gesamten Gesellschaftsbereiche von der Basis her, autonom und föderal sowie miteinander im Austausch stehend, der konföderalen Organisation entsprechend. Also ist das im Kern ein Appell an eine organisierte Gesellschaft. Somit ist das KCK-System keine Organisation, sondern ein Organisationsmodell oder -system. Zu Beginn, also zwischen 2005 und 2009, beobachtete der Staat die Organisation auf dieser Ebene und fand dieses Organisationsmodell nicht bedenklich und intervenierte daher auch nicht. Mehr noch wurden solche Bestrebungen aufgrund der EU-Verhandlungen gefördert.

Inzwischen wurden in den Jahren 2008 bis 2009 anstelle der „Freien Bürgerräte“ die Stadt- und Stadtteilräte neu gegründet. In ihnen sind unter anderem Mitglieder der BDP (vorher DTP) vertreten, zivile Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen, JournalistInnen, AnwaltInnen, IngenieurInnen, BürgermeisterInnen. Den Aufbau solcher Räte haben DTP und BDP unterstützt. Dem Geist dieser Räte entspricht es nicht, irgendeiner politischen Partei anzugehören, vielmehr sollen sie autonom und unabhängig gegründet werden. Jeder Stadtteil wählt seine Delegation für den Stadtrat und die Stadträte wählen ihre Abgesandten für den DTK [*Kongress für eine Demokratische Gesellschaft*]. Der setzt sich nicht nur aus den Stadträten zusammen, in ihm sind VertreterInnen der BDP und anderer Parteien, Organisationen, Ethnien oder Glaubensrichtungen zu finden. Die AKP-Regierung begann im Jahr 2008 auf Imralı und in Oslo mit der PKK eine qualifizierte Gesprächsphase. Die erste Wirkung dieser Gespräche waren die befristeten Waffenstillstände der PKK. Schließlich wurde von der PKK der Waffenstillstand bis nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 verlängert, um eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. Nach den Wahlen gab die PKK am 13. April 2009 eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes bekannt; anschließend begannen am 14. April 2009, also einen Tag nach der Erklärung, die ersten KCK-Verhaftungen. Die Räte in den Stadtvierteln und Gemeinden haben bei den Kommunalwahlen von 2009 die DTP unterstützt, indem sie von Haus zu Haus gingen, um für die DTP zu werben, sodass diese einen großen Wahlerfolg erzielen konnte. Hierbei konnten wir, und auch die AKP, das erste Mal die Funktionsfähigkeit und Stärke dieses Organisationsmodells erkennen, was beim Staat und vor allem bei Ministerpräsident Erdoğan ein enormes Unbehagen verursachte. Denn als die Menschen in den kurdischen Städten Diyarbakır, Tunceli, Hakkari und Van auf den Aufruf der Räte hin die Wahlkampfveranstaltungen der AKP geschlossen mieden, hat sich Erdoğan bei seinen Auftritten wohl gedemütigt gefühlt. Denn kurz nach den Kommunalwahlen wurden am 14. April 2009 zahlreiche SprecherInnen der Räte und MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der KCK verhaftet. Aufgabe der MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands war es, die Koordination zwischen der DTP und den Räten zu gewährleisten. Im Anschluss an diese erste Verhaftungswelle folgten noch größere in den Monaten November und Dezember, wobei viele BürgermeisterInnen und auch der damalige Vorsitzende des DTK, Hatip Dicle, verhaftet wurden. Das sogenannte Hauptverfahren im KCK-Prozess in Diyarbakır ist dasjenige, in dem den Festgenommenen die Verteidigung in ihrer Muttersprache Kurdisch verwehrt wird.



Dieses Verfahren hat aus zweierlei Gründen den Namen KCK-Verfahren bekommen: Zum einen sollen damit die Beschuldigten und ihre Organisationen kriminalisiert werden und zum anderen, weil deren Organisationsform dem Modell des KCK-Systems ähnelt. Wir können deutlich unterstreichen, dass die Betroffenen keine Mitglieder der KCK sind, da es, wie ich bereits erörtert habe, keine Organisation namens KCK gibt. Es gibt lediglich ein Organisationsmodell namens KCK. Die Regierung ist von diesem Modell stark beunruhigt worden, da sich der Organisationsgrad der Bevölkerung bis in die

Straßenviertel widerspiegelt. So kam es dann auch, dass die AKP-Regierung eine bis dahin unbehelligt agierende und vollkommen legale Struktur, die bis dahin keine Gefahr für ihre Machtposition darzustellen schien, ab 2007, vor Beginn der Kommunalwahlen, beobachten und abhören ließ. Die Ergebnisse der Observation wurden dann anschließend der von ihr mittlerweile zu einem erheblichen Teil übernommenen Staatsanwaltschaft übermittelt. Bemerkenswert ist hierbei, dass die AKP-Regierung und damit der Staat die seit 2007 beobachtete Struktur nicht als Gefahr empfunden hatte und trotzdem die Erkenntnisse nach den erheblichen Niederlagen bei den Kommunal- oder Parlamentswahlen zum Anlass für große Verhaftungswellen nahm. Dies wiederum ist Beleg dafür, dass dieses Organisationsmodell das Potenzial besitzt, die vorherrschende Machtstruktur ins Wanken zu bringen. Daher bestehen die AKP und ihre VertreterInnen darauf, diese Rätestruktur als eine parallele Staatsstruktur zu bezeichnen. Seit Beginn der Verhaftungswellen sind insgesamt 6 300 Personen unter dem Vorwand der Mitgliedschaft in der KCK inhaftiert worden. Ein Großteil der Verhaftungen gilt entweder BDP-Vorständen oder den SympathisantInnen, die mit der BDP in Verbindung gebracht werden können. Dazu zählen vor allem Mitglieder und AktivistInnen in den Räten der Stadtteile und Gemeinden, die zugleich auch Parteimitglieder der BDP sind. BürgermeisterInnen, Provinz- und Kreisvorstände, MitarbeiterInnen der BDP-Parteivorstände und Ähnliche sind von der Natur ihrer Funktion her Delegierte der Räte.

Dieses Modell ist das Ergebnis des Prozesses, in dessen Zuge sich die KurdInnen vom Lösungsmodell des unabhängigen Nationalstaats verabschiedet haben. Eine gesellschaftliche Organisation stellt auch aus unserer Sicht die Garantie für eine demokratische Zukunft dar. Daher können wir ganz klar sagen, dass dies auch ein Beleg dafür ist, dass die KurdInnen bereit sind, zusammen im und mit dem Staat (hier dem türkischen) zu leben. Dies ist der demokratische Aspekt des sogenannten Lösungsmodells der „Demokratischen Autonomie“.

Der Aspekt der „Autonomie“ wird durch eine neue Verfassung, in der dieses Modell berücksichtigt wird und somit Rechtssicherheit garantiert wäre, umgesetzt. Als Ergebnis können wir festhalten, dass die auf Initiative der Regierung hin begonnenen KCK-Operationen zum Ziel haben, die organisierten Strukturen des kurdischen Volkes zu eliminieren. Es ist durchaus denkbar, dass sich Individuen, die Mitglieder in diesen Strukturen sind, durch ein Fehlverhalten strafbar gemacht haben und dass dies untersucht wird. Es ist jedoch äußerst fragwürdig, wenn begonnen wird, die gesamte Struktur als eine Terrororganisation darzustellen, und fast alle verhaftet werden, die irgendwie mit ihr in Verbindung gebracht werden können. Dieses Verhalten ist von der Bemühung geprägt, diese Strukturen offensichtlich zu Unrecht zu kriminalisieren. Da eben die Inhaftierten im legal-demokratischen Bereich aktiv waren, sind sie durch die Regierung zum Ziel erklärt worden. Es gibt nichts Heimliches oder Illegales an ihrer Arbeit, sodass wir uns natürlich genauer fragen müssen, wieso sie zum Ziel der Repression geworden sind. Alle diese Operationen haben nur eines zum Ziel, nämlich die kurdische Bewegung für das von der AKP vorgesehene beschränkte Lösungsmodell gefügig zu machen. Bei Implementierung des eigenen Lösungsmodells soll es auch keinerlei organisierte Struktur oder Opposition geben, die Widerstand leisten könnte. Auffällig ist jedoch ganz besonders eines: Als die AKP mit der PKK und Öcalan in Verhandlungen eingetreten war, nahm sie weiterhin AktivistInnen der zivilgesellschaftlichen Ebene fest und in Haft. Kurz: Weiß denn die Regierung nicht, was und wer die KCKler sind? Die Antwort darauf lautet: Doch, sie weiß genau Bescheid, was und wer die KCKler sind. Sie nimmt Verhaftungen im Rahmen eines großen Projekts vor mit dem Ziel, die kurdische zivilgesellschaftliche Ebene zu liquidieren (AktivistInnen und SympathisantInnen der Räte, BDPLer, etc.).

Ich möchte hierbei die aktuellen politischen Ereignisse nicht länger ausführen, wenn Sie diesbezüglich Gesprächsbedarf haben, so bin ich gern bereit, Ihnen auch telefonisch Auskunft zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Selahattin Demirtaş

Das Massaker von Roboski

Kurz vor Neujahr, am 28. Dezember 2011, kam es nahe des kurdischen Dorfes Roboskî (Ortasu) in der Provinz Şırnak (Şırnak) im Südosten der Türkei zu einem Bombardement auf eine Gruppe von Grenzhändlern. Bei dem Luftangriff der türkischen Armee wurden an diesem Abend 34 Zivilisten getötet. Unter den Opfern befinden sich drei Kinder und 17 Jugendliche.

Die kurdischen Bewohnerinnen und Bewohner des an der Grenze zum Nordirak gelegenen Gebietes leben schon seit Jahrzehnten vom Grenzhandel. Sie verdingen sich mit dem Kauf von Lebensmitteln, aber auch anderen profitablen Handelsgütern wie Tabak und Benzin, aus der jetzigen kurdischen Autonomieregion zum Weiterverkauf in die Türkei. Die Gendarmerie und Behörden der Region duldeten diesen Grenzhandel bislang.

An dem besagten Dezemberabend war eine Gruppe von jungen Männern mit Mauleseln auf dem Weg zurück aus der kurdischen Autonomieregion, die zu irakischem Territorium gehört. Sie hatten die Grenze zur Türkei bereits passiert, als es zwischen 21.30 und 22.30 Uhr zu einem einstündigen Bombardement aus der Luft kam.

Den Berichten der einzigen drei Überlebenden zufolge, die in einem Felsspalt Zuflucht gefunden hatten, versuchten sie gleich zu Beginn des Bombenhagels ihre Angehörigen per Mobiltelefon zu erreichen, um dringende Hilfe zu erbitten. Die in Alarm gesetzten Angehörigen wiederum benachrichtigten die nur sechs Kilometer entfernte Gendarmerie umgehend, in der Hoffnung, dass die Gendarmerie oder andere Regierungsstellen eingreifen und das Bombardement eingestellt würde. Leider jedoch ohne Wirkung.



Im Nachhinein haben die Angehörigen daher beklagt, dass die Zahl der Todesopfer im Laufe des Winterabends stieg, da einige Verletzte ihren Verletzungen erlagen, weil sie verbluteten oder erfroren. Denn den Rettungswagen aus Şırnak (Şırnak) war der Zugang zum Tatort von der Gendarmerie verwehrt worden. Im Bericht der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wird die Anzahl derjenigen, die infolge ausbleibender Bergung verstorben sind, auf 13 beziffert.

Die Dorfbewohnerinnen und –bewohner selbst kamen schließlich gegen 23.00 Uhr den drei Überlebenden zu

Hilfe. Sie transportierten die Getöteten und wenigen Überlebenden bis spät in die Nacht ins nahegelegene Dorf, ohne dass die Gendarmerie sich zeigte.

Der Menschenrechtsverein IHD dokumentierte den Vorfall schon am nächsten Tag mithilfe einer Untersuchungsdelegation in allen Einzelheiten.

Allein die rekonstruierte Abfolge der Ereignisse sorgte für großen Aufruhr: Die Grenzposten hatten die Gruppe von Jugendlichen sowohl beim Hin- als auch beim Rückweg aus dem Nordirak ohne Einwände passieren lassen, wobei die erste Gruppe bei der Rückreise vom Grenzposten kurzzeitig aufgehalten wurde, so dass die zweite Gruppe aufschloss, was sich die Todeszahl während der Bombardierung ansteigen ließ. Auch dass der Luftangriff über eine ganze Stunde hinweg anhielt und die alarmierte Gendarmerie nicht eingriff, wird von den Angehörigen und Delegationen angeprangert.

Für Unmut sorgte zudem, dass die staatsnahen türkischen Medien erst nach 12 Stunden vom Massaker berichteten, und zwar tendenziös als einem militärischen Fehlschlag, da man es auf die PKK-GuerillakämpferInnen abgesehen hätte.

Dahingegen gaben mehrere Dorfbewohner, darunter der Dorfvorsteher, zu Protokoll, das Gebiet sei schon seit Jahren von militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla verschont geblieben, auch weil das Gebiet für die Guerilla aufgrund seiner ebenen Beschaffenheit als Rückzugsort ungeeignet sei. Dies bestätigen die Ausführungen der BDP, die an diesem Ort keinerlei bewaffnete Kämpfe seit 1999 verzeichnen.

In der Erklärung des türkischen Generalstabs vom 29.12.2012 und des Ministerpräsidenten Erdoğan vom 30.12.2012 wird das bis zu vierstündige Aufzeichnungsmaterial vom Tatabend - aufgenommen mittels unbemannter

Flugkörper (Drohnen) - als Rechtfertigung des Militärschlages angeführt. Daher fordern die Menschenrechtsvereine die Offenlegung der Aufzeichnungen, die die Gruppe als bewaffnete GuerillakämpferInnen ausgemacht hätten.

Dem Generalstab wird vom IHD und der BDP außerdem vorgeworfen, ungeachtet jedes möglichen Falles, gegen grundlegendes Kriegsrecht verstoßen zu haben, das vor einem Angriff gegenüber den nachweislich bewaffneten GegnerInnen eine Warnung und Aufforderung zur Aufgabe vorsieht.



Mittlerweile fordern außer den Menschenrechtsvereinen auch die Familienangehörigen vehement Rechenschaft von den Behörden. Die Menschenrechtsvereine IHD und Mazlum-Der dokumentierten in den zwei Folgetagen u. a. den noch immer ungesicherten Tatort, die unwürdige Verwahrung der Leichname im nahegelegenen Bezirk Qilaban (Uludere), die unzureichenden gerichtsmedizinischen Untersuchungen und das Ausbleiben von Anhörungs- und Befragungsverfahren seitens BehördenvertreterInnen. Nicht tragbar sei zudem die Passivität der Generalstaatsanwaltschaft und des Gouvernements von Şirnex (Şırnak), die auf Anfrage der Menschenrechtsvereine selbst Tage später keine Reaktion zeigten bzw. Gespräche ablehnten. Ähnlich unbeantwortet blieben die Nachfragen des Abgeordneten und stellvertretenden Sprechers der BDP aus der Provinz Şirnex (Şırnak), Hasip Kaplan, beim Ministerpräsidenten sowie dem Innen- und Justizminister.



Unterdessen hat die BDP am 25.01.2012 die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag beantragt. Der Antrag bezieht sich auf die Tatbestände „Völkermord“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Kriegsverbrechen“. Die Türkei habe in diesem Fall, wie auch mehrfach in der Vergangenheit, gegen die Genfer Konvention des Völkerrechts verstoßen, die den Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten oder Kriegen regelt. Das Mandat für den Einsatz der türkischen Luftwaffe sei nicht vom Parlament legitimiert gewesen. Maßnahmen zur Beweissicherung,

Untersuchung und juristischen Aufklärung seien bis dato nicht oder nachlässig eingeleitet worden.

Der von den Angehörigen der Opfer und den Menschenrechtsvereinen als Massaker gewertete Luftangriff auf 34 Zivilisten hat dazu geführt, einer nationalistischen sowie rassistischen Atmosphäre Vorschub zu leisten und einen türkisch-kurdischen Konflikt entlang ethnischer Linien anzuheizen, der an die Bürgerkriegsjahre der 1990er erinnert.

Gemäß der Dokumentation des Menschenrechtsvereins IHD lauten die Namen und Geburtsdaten der 34 zivilen Opfer folgendermaßen:

- | | |
|--------------------|---------------------------|
| 1. Özcan UYSAL | 30/12/1993 Şırnak/Uludere |
| 2. Seyithan ENÇ | 30/12/1993 Şırnak/Uludere |
| 3. Cemal ENCU | 1994 Şırnak/Uludere |
| 4. Vedat ENCU | 1994 Şırnak/Uludere |
| 5. Selim ENCU | 1973 Şırnak/Uludere |
| 6. Selahattin ENCU | 1995 Şırnak/Uludere |
| 7. Nadir ALMA | 1986 Şırnak/Uludere |
| 8. Celal ENCU | 1986 Şırnak/Uludere |
| 9. Bilal ENCU | |
| 10. Şirvan ENCU | 1992 Şırnak/Uludere |

11. Nevzat ENCU	1992 Şırnak/Uludere
12. Salih ENCU	1993 Şırnak/Uludere
13. Osman KAPLAN	1980
14. Mahsun ENCU	1994 Şırnak/Uludere
15. Muhammet ENCU	1998 Şırnak/Uludere
16. Hüsnü ENCU	1981 Şırnak/Uludere
17. Savaş ENCU	1997 Şırnak/Uludere
18. Erkan ENCU	1998 Şırnak/Uludere
19. Cihan ENCU	1992 Şırnak/Uludere
20. Fadıl ENCU	1991 Şırnak/Uludere
21. Şerafettin ENCU	1994 Şırnak/Uludere
22. Hamza ENCU	1990 Şırnak/Uludere
23. Aslan ENCU	1994 Şırnak/Uludere
24. M.Ali TOSUN	1987 Şırnak/Uludere
25. Ausweisangaben stimmen mit denen der Nummer 21. überein	
26. Orhan ENCU	1992 Şırnak/Uludere
27. Salih ÜREK	1995 Şırnak/Uludere
28. Yüksel ÜREK	1995 Şırnak/Uludere
29. Adem ANT	1992 Şırnak/Uludere
30. Hüseyin ENCU	1991 Şırnak/Uludere
31. Bedran ENCU	1996 Şırnak/Uludere
32. Serhat ENCU	1995 Şırnak/Uludere
33. Şivan ENCU	
34. Abdulselam ENCU	Şırnak/Uludere
35. Arm und Bein ohne bestimmbare Zugehörigkeit	

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/nuce/NUCE548-1230.pdf> [27.01.2012]

http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2487:oba20111229&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80 [27.01.2012]

http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2491:roboski-katliami-raporu-03-ocak-2012&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80 [27.01.2012]

<http://www.bdp.org.tr/tr/roboski-katliaminiuluslararası-ceza-mahkemesine-ucm-tasidik> [07.02.2012]

Forderungen der Verfasserinnen und Verfasser des Dossiers:

- Die Bombardierung der Zivilisten bei Roboski vom 28.12.2011 durch die türkische Luftwaffe stellt einen Akt extralegalen Hinrichtungen dar und ist aufgrund der Anzahl der Todesopfer als „Massenmord“ zu betrachten.
- Der Vorfall schließt an die seit Jahren durchgeführten extralegalen Hinrichtungen und Massaker an, die unter dem Vorwand des sogenannten 'Kampfes gegen den Terrorismus' ohne Rechenschaft bleiben.
- Solche Vorfälle basieren auf Lösungsansätzen der kurdischen Frage durch Gewalt. Deshalb gilt es seitens der internationalen Staatengemeinschaften, wie der Vereinten Nationen, Der Europarat und Europäische Union, sich für einen Wandel der Politik des türkischen Staates und seiner Regierung zu einer demokratischen und friedlichen Lösung einzusetzen.
- Aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die nationalen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Untersuchungen beteiligen und erhöhte Aufmerksamkeit zeigen.
- Die Menschenrechtsgruppen der Vereinten Nationen, Der Europarat und Europäische Union sind dahingehend aufgerufen, Delegationen zur Aufklärung des Vorfalls in die Region zu entsenden.